

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Verbilligung von Strom und Gas für
Hauptunterstützungsempfänger.

Der Bundestag wolle beschließen

Die Bundesregierung wird ersucht, den Gemeinden und Städten zu empfehlen, die Lieferung von Strom und Gas für Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung um die Hälfte zu verbilligen

Bonn, den 12. Oktober 1950

Kohl (Stuttgart) und Fraktion